

**1989/1990 – das Ende des Kalten Krieges – Herausforderungen für Europa**  
**Markus Meckel**  
**(Deutsche Fassung des Artikels**  
**in: Exiting the Cold War, Entering a New World,**  
**Ed. Dan Hamilton and Kristina A.R. Spohr, Sept. 2019)**

**(20. Juni 2019)**

**I. Die Schwierigkeit der Erinnerung – Differenzen der Bewertung**

30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und den Umbrüchen und Revolutionen in Mitteleuropa ist es bezeichnend, dass international die deutsche Vereinigung als große Erfolgsgeschichte gilt – und ich kann diese Perspektive nur teilen: 1989/90 war die Glücksstunde der Deutschen! 45 Jahre, nachdem wir Deutschen so viel Terror und Schrecken über ganz Europa gebracht hatten, bekamen wir die Chance, in Freiheit und Demokratie zu leben – wieder vereint und in Akzeptanz aller Nachbarn. Das zu erleben hätte ich davor nie zu träumen gewagt!

Gleichzeitig bricht nun in Deutschland selbst eine Diskussion neu auf, in der Unzufriedenheit und fehlende Anerkennung thematisiert werden. Die These von der „Kolonisierung“ Ostdeutschlands durch den Westen erlebt neue Aktualisierung.

Doch gibt es solche Differenzen in der Beschreibung und Bewertung der Ereignisse vor 30 Jahren nicht nur Deutschland. Polen und Ungarn, 1989 die Vorreiter im Kampf für Freiheit und Demokratie, die sich unter dem streitbaren Ruf „Zurück nach Europa“ auf den Weg machten und in den 90er Jahren die Musterknaben der Transformation waren – sind heute unter ihren gegenwärtigen Regierungen Symbole geworden für einen beträchtlichen Euroskeptizismus. Eine illiberale Politik und nationalistische Zielstellungen gewinnen Raum und Anerkennung (nicht nur in diesen Ländern!) und bringen Europa ins Trudeln.

Die Frage, wie wir die Jahre 1988 – 1991 erinnern, wird zu einem Kampfplatz um Werte und Orientierungen.

Wenn vor 30 Jahren die Politik Gorbatschows eine wesentliche Voraussetzung des Wandels war, so gilt er in Russland heute weithin als Totengräber einstiger (imperialer) Größe. Für den russischen Präsidenten Putin ist der Zerfall der Sowjetunion – und nicht etwa die Verbrechen Stalins oder der Vernichtungskrieg

Hitlerdeutschlands (!) – „die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. Während die Sowjetunion 1990 bereit war, dem vereinten Deutschland seine Souveränität zurückzugeben, akzeptiert das heutige Russland die Souveränität seiner Nachbarländer nicht. Die Annexion der Krim und der verdeckte Krieg in der Ostukraine sind dafür nur die offensichtlichsten Beispiele. Das internationale Recht und die gemeinsamen Werte – in der Charta von Paris 1990 feierlich bekräftigt – stehen heute unter Druck. Die Sorge vor einem neuen Kalten Krieg geht um. So macht es viel Sinn, die Erinnerung an die damaligen Umbrüche mit der Analyse der gegenwärtigen Herausforderungen zu verbinden – denn es geht um die damals durchgesetzten und neu proklamierten Werte und die Frage, wie ihnen auch heute Geltung verschafft werden kann. Dass nun auch in den USA unter Präsident Trump eine Administration herrscht, die diese Werte ebenfalls geringschätzt, verschärft die Herausforderung zusätzlich.

Ich werde mich in meiner nun folgenden Darstellung im Wesentlichen auf die Ereignisse und Erfahrungen in Deutschland beschränken und diese – so wurde ich gebeten - möglichst persönlich halten. Dabei ist jedoch ständig bewusst, dass diese nicht losgelöst von ihren europäischen und globalen Kontexten zu verstehen sind.

## **II. Die Friedlichen Revolution in der DDR 1989 öffnet die Perspektive auf die Deutsche Einheit**

Am 4. Februar 1989 beschlossen zwei evangelische Pastoren, Martin Gutzeit und ich, in der DDR eine Sozialdemokratische Partei zu gründen. Es handelte sich dabei keineswegs um eine spontane Idee, sondern um die logische Folge einer langen Vorgeschichte und Vorarbeit.

Zum Zeitpunkt unseres Beschlusses ahnten wir nicht, dass zwei Tage später in Polen die Verhandlungen am Runden Tisch beginnen würden. Diese hatten dann das Ergebnis, dass es erstmals im Ostblock wenigstens halbfreie Wahlen gab, mit dem Ergebnis, dass im Spätsommer 1989 Polen mit Tadeusz Mazowiecki den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten erhielt.

Wie sehr es in Mitteleuropa zu dieser Zeit gärrte, hatte ich im Oktober 1988 in Ungarn erleben können. Damals war ich auf dem Weg nach Rumänien, wo Ceausescu das

Dorfzerstörungsprogramm begonnen hatte, das international für große Aufregung sorgte und die Spannungen mit Ungarn anwachsen ließ. Die ungarische Gesellschaft war mit großer Dynamik in Bewegung geraten. Das war faszinierend für mich. In der herrschenden Partei (MSZP) war János Kádár abgelöst worden, es wurden Wirtschaftsreformen beschlossen, die für die DDR noch unvorstellbar waren. Trotzdem verschärfte sich die wirtschaftliche Krise, was in der DDR-Presse zu Polemiken gegen die ungarischen Reformen führte. Die demokratische Opposition organisierte sich, die Dissidenten hatten ein „Netzwerk Freier Initiativen“ und das „Demokratische Forum“ ins Leben gerufen, zahllose Vereinigungen entstanden und die historischen ungarischen Parteien sowie eine erste freie Gewerkschaft wurden neu gegründet. Der Samisdat der Opposition erreichte immer größere Auflagen und bestimmte die öffentlichen Debatten. Schon 1987 war in der Samisdat-Zeitschrift BESZÉLŐ ein „Gesellschaftsvertrag“ genanntes Programm der Opposition erschienen, durch welches die MSZP angesichts der Krise immer mehr unter Druck geriet.

Wesentlicher Hintergrund für diese mitteleuropäischen Entwicklungen und auch für unser eigenes Handeln war die Politik Michail Gorbatschows. Seit 1985 war er Generalsekretär der KPdSU. Er proklamierte ein „Neues Denken“ und setzte mit „Glasnost“ und „Perestroika“ in der Sowjetunion einen Reformprozess in Gang, der uns Hoffnung machte, auch wenn ersichtlich war, dass es ihm darum ging, den Kommunismus zu reformieren, um ihn zu erhalten. Doch war in seinen Reden gleichzeitig spürbar, dass er nicht die Scheuklappen trug wie die kommunistischen Führer, die wir kannten. Er schien wirklich Probleme lösen zu wollen und ein Verständnis auch für die globalen Herausforderungen zu haben, von der notwendigen Umsteuerung im Sicherheitsbereich angesichts des Wettrüstens wie auch in den ökologischen Fragen. In seiner Rede vor der UNO im Dezember 1988 sprach er – in der ihm eigenen Sprache – vom „Prinzip der Freiheit der Wahl“, das er für allgemein und unverbrüchlich erklärte und bekannte sich zur „zunehmenden Vielfalt der gesellschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Länder. (...) Die Gewissheit, dass die Welt viele Gesichter hat, macht Versuche unhaltbar, auf andere von oben herabzusehen und sie die ‚eigene‘ Demokratie zu lehren. Ganz zu schweigen davon, dass demokratische Werte in ‚Exportausführung‘ oft sehr schnell wertlos werden.“ Das war die vor aller Welt ausgesprochene Absage an die Breschnew-Doktrin und die Zusage, dass in den eigenen Sattelitenstaaten

eigenständige Entwicklungen möglich sein könnten, ohne dass wieder Panzer rollen. So wuchs bei uns langsam die Hoffnung, dass sich wirklich etwas ändern ließe. In Polen und Ungarn war man schon weiter – das ermutigte uns, denn die Fragen, vor denen wir standen, waren im Wesentlichen die gleichen. Für uns in der DDR galt es, endlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, als Opposition politisch handlungsfähig zu werden. Der Beschluss, außerhalb der Kirche nach neuen Organisationsformen zu suchen und schließlich eine sozialdemokratische Partei zu gründen, bedeutete für uns sehr bewusst einen Strategiewechsel. Es klingt auch nachträglich verwegen, doch wir erstrebten einen grundlegenden Kategorienwechsel, eine Überwindung des kommunistischen Systems. Wir stellten mit der Parteigründung faktisch die Machtfrage und wollten eine parlamentarische Demokratie westlichen Musters.

Bis dahin hatten wir nicht daran geglaubt, mit unserem Handeln wirklich etwas ändern zu können, Demokratie zu erreichen oder die deutsche Teilung zu überwinden. Es war mehr ein moralisches Handeln, es ging darum, sich morgens noch im Spiegel ansehen zu können, oder, wie Vaclav Havel es formulierte, mitten in diesem Reich der Lüge „in der Wahrheit zu leben“. Wir hatten uns mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus beschäftigt, hielten ihn für wichtig, auch wenn er das NS-System nicht zum Stürzen brachte – aber er rettete gewissermaßen die Ehre der Deutschen. Ähnlich verstanden wir uns selbst. Wir wollten das Schweigen beenden etwas tun! Es galt, an konkreten Stellen ein klares NEIN zu sagen.

Martin Gutzeit und ich entstammten einem evangelischen Pfarrhaus, so wuchsen wir beide in kritischer Distanz zum sozialistischen Staat und seiner Ideologie auf. Schon in der Schule gab es Konflikte, eine höhere Schulbildung wurde uns verweigert. Beide verweigerten wir den militärischen Wehrdienst total, gingen also auch nicht zu den Bausoldaten (einem nur in der DDR bestehenden Militärdienst ohne Waffe), entgingen aber auch beide der üblicherweise darauf folgenden Haftstrafe. So absolvierten wir unsere Ausbildung ausschließlich an kircheneigenen und damit vom Staat unabhängigen Einrichtungen. 1974 lernten wir uns am Sprachenkonvikt kennen, einer Theologischen Hochschule der Evangelischen Kirche in Berlin, an der ein von kommunistischen Einflüssen völlig freies Studium möglich war, das dem an westlichen Universitäten in nichts nachstand. So waren diese theologischen

Hochschulen – es gab noch zwei weitere in Naumburg und Leipzig – Orte sonst in der DDR nicht so leicht erfahrbare geistige Freiheit.

Neben diesen theoretischen Beschäftigungen begannen wir ab 1976 in einer kleinen Gruppe, in kleinen Schritten auch politisch aktiv zu werden. Wir vervielfältigten politische Texte auf alten Druckmaschinen und brachten sie unter die Leute. Dazu gehörten Vorträge von Rudolf Bahro, die er zu seinem Buch „Die Alternative“ verfasst hatte, die „Gedächtnisprotokolle“ von Jürgen Fuchs über seine Haft bei der Staatssicherheit u.a. Solche studentischen Gruppen hat es in der DDR immer wieder gegeben. Oft wurden die Beteiligten verhaftet und landeten – jedenfalls in den späteren Jahren – schließlich im Westen. Wir hatten Glück und wurden nicht gefasst.

1980 begann ich meine Tätigkeit als Vikar und 1982 als Pfarrer in einem Mecklenburgischen Dorf an der Müritz. Martin Gutzeit übernahm eine Stelle in der Nachbarschaft. In diesen Jahren entstanden in vielen Teilen der DDR Gruppen, die sich kritisch mit Friedens- und Umweltfragen befassten. Das Themenspektrum wurde im Laufe der Jahre immer breiter und grundsätzlicher. Ich gründete 1982 in meinem Dorf in Mecklenburg einen solchen Friedenskreis, zu dem die Beteiligten aus einem Umkreis von 50 km kamen. Gleichzeitig schufen wir Netzwerke, um die verschiedenen Gruppen miteinander in Kontakt zu bringen und Kooperation zu ermöglichen. Dazu gehörte in Mecklenburg seit 1981 die „Arbeitsgruppe Frieden“ und DDR-weit die Delegiertenkonferenz „Frieden konkret“, die seit 1983 jährlich im Februar stattfand. Seit 1982 organisierten wir in Mecklenburg Anfang August für eine Woche sogenannte „Mobile Friedensseminare“. Bei diesen beschäftigten sich die Beteiligten aus der ganzen DDR und auch aus dem Ausland in Gruppen an verschiedenen Orten des Umkreises seminaristisch mit verschiedenen politischen Themen; am Ende stand dann je eine größere gemeinsame öffentliche Veranstaltung zum Gedenken an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki. Durch diese Netzwerke und Seminare lernten sich in der ersten Hälfte der 80er Jahre viele Aktivisten der Opposition kennen, eine wesentliche Voraussetzung für die Friedliche Revolution Jahre später. Diese – zumeist kirchlichen – Gruppen suchten in wichtigen gesellschaftlichen Fragen nach Veränderung, forderten sie ein. Die Themen waren breit gestreut, Sicherheitsfragen, Erziehungs- und Bildungskonzepte, Umweltprobleme, Menschen- und Minderheitenrechte sowie globale Entwicklungsstrategien standen auf der Tagesordnung. Der Einzelne erfuhr sich in

diesen Gruppen anders als sonst in diesem kommunistischen Staat als Träger von Verantwortung für das Gemeinwesen, er lernte und erfuhr Solidarität. So wurden diese politischen Gruppen gewissermaßen Schulen der Zivilcourage und Verantwortung.

Oft heißt es, dass diese Gruppen unter dem Dach der Kirche entstanden. Richtiger ist wohl, dass die meisten dieser Gruppen innerhalb der Kirche entstanden, gegründet von politisch engagierten Christen, die gleichzeitig offen waren für die Zusammenarbeit mit anderen. Auch die Netzwerke dieser Gruppen hatten bis Ende der 80er Jahre ihren Ort innerhalb der Kirche. Aber auch die Gruppen, die ihre Unabhängigkeit von der Kirche betonten, standen mit kirchenleitenden Vertretern in intensivem Kontakt und nutzten sie als Mittler, dazu kam die Nutzung ihrer institutionellen und organisatorischen Möglichkeiten wie die Räumlichkeiten und Vervielfältigungsmaschinen.

Die Kirchen waren in der DDR die einzigen Groß-Organisationen mit eigenen unabhängigen und (was die evangelischen Kirchen betrifft) demokratischen Strukturen. Sie hatten Räumlichkeiten und eine gewisse, wenn auch begrenzte Öffentlichkeit. Wie aus Gutzeits und meiner Biographie deutlich wird, waren auch die eigenen Ausbildungsmöglichkeiten der Kirche wichtig, so dass die Kirchen über ein Personal verfügten, das in den eigenen geistigen Traditionen stand sowie in freier Kommunikation geübt war. So war es kein Wunder, dass vielerorts engagierte Christen, Pastoren und kirchliche Mitarbeiter, bei der Gründung der oppositionellen Bewegungen und der Moderation der Runden Tische eine hervorgehobene Rolle spielten.

Die Sowjets hatten den Kirchen in ihrer Besatzungszone mehr Freiheit gelassen als in den anderen Ländern des Ostblock, da sie die „Bekennende Kirche“ in der NS-Zeit als Widerstand anerkannte und deren Vertreter nach 1945 in der evangelischen Kirche die führenden Positionen einnahmen. Das betrifft insbesondere die Jugendarbeit, die zwar immer wieder ein Konfliktfeld mit den Behörden des SED-Staates darstellte, gleichzeitig aber für die gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen von großer Relevanz wurde.

In den Kirchen selbst waren die Anfang der 80er Jahre entstandenen gesellschaftspolitisch aktiven Gruppen umstritten; dieser Streit ging quer durch alle Ebenen, von den Kirchengemeinden bis zu den Leitungsebenen. Die einen verstanden

diese politische Arbeit als eine wichtige Dimension der christlichen Verkündigung, die anderen sahen darin eher eine Überfremdung und Instrumentalisierung der Kirche für politische Zwecke. Die Akzeptanz der politischen Gruppen nahm innerhalb der kirchlichen Strukturen jedoch zu, als 1983 der Ökumenische Rat der Kirchen in Vancouver zu einem „konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ aufrief – und damit die Themen aufgriff, welche der Schwerpunkt der Arbeit dieser Gruppen waren. Als 1988/89 die Kirchen in der DDR eine „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ins Leben riefen, waren daran viele Vertreter dieser Gruppen beteiligt und prägten die Ergebnisse nicht unwesentlich mit. Ich selbst leitete in dieser Versammlung die Arbeitsgruppe zur Entwicklungspolitik und hatte dann auch die Gelegenheit, im Mai 1989 an der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel teilzunehmen. Die inhaltlichen Ergebnisse der Versammlung in der DDR fanden wenige Monate später an verschiedener Stelle auch Eingang in die programmatischen Vorstellungen der neuen oppositionellen Bewegungen im Herbst 1989, da eine Reihe ihrer Mitglieder zu den Gründern der verschiedenen neuen Bewegungen und Parteien der Opposition gehörten.

Bis 1987 gab es auch bei vielen in der Opposition die Hoffnung, dass die SED „von der Sowjetunion (unter Gorbatschow) lernen“ würde und ein Reformprozess von oben schrittweise zu Verbesserungen führen könnte. Diese Perspektive löste sich auf, nachdem Honecker nach seinem Besuch in Bonn massiv gegen die Opposition vorging. Der Sturm auf die Umweltbibliothek im November 1987 und die Verhaftungen und Abschiebungen in den Westen Anfang 1988 im Zusammenhang der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration stellten eine Zäsur dar. Für Martin Gutzeit und mich, aber wohl auch für manche andere, wurde klar, dass es neue Formen der Opposition brauchte. Die Kirche konnte nicht mehr die Grundlage dieser Aktivitäten sein, da wir mehr und mehr die Hoffnung hatten, dass grundsätzliche Veränderungen möglich sind – aber eben auch durchgesetzt werden müssen. Kirche konnte Menschen anregen und begleiten zu freiheitlichem Denken und Handeln – und das haben wir über Jahre getan. Eine programmatische Opposition durfte Kirche jedoch nicht sein.

So beschlossen wir Anfang 1989 die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR. Warum wollten zwei evangelische Pastoren keine christliche Partei

gründen? Auf diese Frage habe ich oft geantwortet: aus theologischen Gründen. Wir wollten jeder politischen Instrumentalisierung des christlichen Glaubens für politische Zwecke wehren. Die Bibel kann schlecht eine konkrete Verkehrs- oder Gesundheitspolitik begründen, sondern nur ethische Grundorientierungen geben; keine Partei darf für sich in Anspruch nehmen, mehr als andere christlich zu sein. Allen muss es um die Achtung vor der Würde des Menschen gehen und darum, den Schwachen Partizipation und Integration zu ermöglichen!

Warum nun aber entschieden wir uns, eine sozialdemokratische Partei zu gründen? In meinem programmatischen Vortrag bei der Gründung der Partei am 7. Oktober 1989 habe ich dies folgendermaßen begründet:

1. Wir stellten uns in die Tradition der ältesten demokratischen Partei Deutschlands, durch welche im 19. Jahrhundert die Benachteiligten und Unterdrückten zu Subjekten politischen Handelns wurden. Entsprechend wollten wir mit dieser Gründung Raum geben, dass aus Untertanen in der DDR Bürger werden, politische Subjekte, die Verantwortung für die eigene Wirklichkeit wahrnehmen.
2. Wir stellten uns mit dieser Parteigründung in einen internationalen Zusammenhang, um globalen Herausforderungen gerecht zu werden und die Provinzialität der kommunistischen DDR zu überwinden. Dafür standen Willy Brandt mit seinem Nord-Süd-Bericht, Olof Palme mit dem Bericht über die gemeinsame Sicherheit sowie Gro Harlem Brundtland mit dem Bericht über nachhaltige Entwicklung.
3. Mit dieser Gründung zogen wir gewissermaßen die sozialdemokratische Hand aus dem Symbol des SED-Parteiabzeichens (dem Händedruck von Pieck und Grotewohl, KPD und SPD) und entzogen der SED ihre ideologische Legitimation. Dies ging an die Wurzel der Selbstdefinition der SED – und war beabsichtigt. Wir widersprachen dem von der SED beanspruchten Wahrheits- und Machtmonopol und wollten uns der notwendigen Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger stellen.

Mit der Gründung dieser Partei antizipierten wir den Bruch mit dem diktatorischen System der DDR und riefen gleichzeitig dazu auf, sich im Rahmen demokratischer Pluralität politisch selbst zu definieren – und in einem Bündnis demokratischer Initiativen für die Errichtung demokratischer Institutionen und Strukturen zu kämpfen.



Anders als manche andere in der Opposition forderten wir nicht nur demokratische Reformen (welche von den Herrschenden zu schaffen seien). Uns ging es darum, die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, mit Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung die Einhaltung von Menschenrechten sowie demokratische Partizipation zu gewährleisten. Dafür aber war es notwendig, bereit zu sein, selbst politische Verantwortung zu übernehmen.

Während der ersten Hälfte des Jahres 1989 versuchte ich, in Gesprächen mit verschiedenen Mitstreitern in der Opposition für eine Beteiligung an unserem Projekt zu werben. Natürlich konnte das nur verdeckt geschehen, hatte aber auch wenig Erfolg. Die Meisten wollten keine Parteien und keine Demokratie westlichen Musters, sondern strebten nach einer wie immer gearteten Basisdemokratie. Im Laufe des Sommers erhielten eine Reihe von Freunden in der Opposition Kenntnis von unserem Vorhaben und Aufruf, darunter auch Personen, die selbst später andere Bewegungen gründeten. So kann gesagt werden, dass alle Gruppierungen, die später andere Ansätze der Organisation wählten, sich bewusst von unserer Planung absetzten.

Am 26. August 1989 verlas ich in Berlin im Abschlussplenum eines Seminars zu Menschenrechtsfragen (es war der 200. Jahrestag der Deklaration der Bürger- und Menschenrechte in der Französischen Revolution) unseren Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, am 7. Oktober fand dann die formelle Gründung mit Wahlen statt. Im Laufe des Septembers traten dann auch andere Initiativen der Opposition in die Öffentlichkeit, das „Neue Forum“ und „Demokratie Jetzt“, die sich jeweils als öffentliche Dialogforen für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen verstanden. Am 4. Oktober 1989 tagte die „Kontaktgruppe der Opposition“ zu ersten Male, in welcher es zu wichtigen Absprachen kam. Von dieser ging dann am 10. November der Vorschlag zur Etablierung eines Runden Tisches aus, der dann vom 7. Dezember bis Mitte März tagte und die freie Wahl vorbereitete.

Wichtig für den Erfolg der Friedlichen Revolution war beides, das möglichst gemeinsame politische Handeln der demokratischen Opposition sowie die Demonstrationen der Massen, die allein diesem Handeln das notwendige Gewicht verleihen konnten. Als am 9. Oktober 1989 70 000 Menschen in Leipzig auf den

Straßen waren, wagten die Befehlshaber nicht, den bereitgestellten Truppen einen Einsatzbefehl zu geben und die Demonstrationen mit Gewalt zu beenden. Ich habe es in Magdeburg erlebt, mit 5-8000 Menschen. Wir waren im Magdeburger Dom – unten an der Elbe standen die bewaffneten Kampftruppen, griffen aber letztlich nicht ein. Von diesem Tag an war ich überzeugt: Die Errichtung einer Demokratie wird uns gelingen!

Nach dem Mauerfall am 9. November wurde der Kontakt zwischen den Sozialdemokraten in Ost und West wichtig. Wir hatten vor der Gründung keinen Kontakt zu ihr aufgenommen – diese geschah in völlig eigener Verantwortung. Doch wandten wir uns im Zusammenhang mit der Gründung an Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale (SI) und stellten den Antrag auf Mitgliedschaft. Willy Brandt reagierte innerhalb kurzer Zeit und schickte uns schwedische Sozialdemokraten zur Kontaktaufnahme. Nach dem Fall der Mauer lud er uns zur Ratssitzung der SI nach Genf ein, wo wir als SDP noch im November 1989 einen Status als Beobachter erhielten.

Am 9. November 1989 fiel – für uns alle unvorhergesehen – die Mauer; sie wurde nach dem Missverständnis der Pressekonferenz mit Günter Schabowski regelrecht überrannt. Es wurde nicht geschossen, wie auch bei den Massendemonstrationen in den Wochen zuvor. Damit war alles anders. Seit dem 9. Oktober waren wir – ich habe es eben schon beschrieben - zunehmend sicher geworden, dass es uns gelänge, in der DDR eine Demokratie zu errichten. Schon damit aber verlor die Mauer ihre Bedrohung: zwei demokratische deutsche Staaten - durch eine Mauer getrennt, das war absurd. Doch dieser Frage wollten wir uns danach widmen. In Europa war ja viel im Fluss. Mit dem 9. November, dem Mauerfall war dann klar: Ein solches Nacheinander geht nicht mehr, nun stehen die Konstituierung der Demokratie und gleichzeitig auch die deutsche Einheit auf der Tagesordnung. Genauso klar war: nun wollen, ja müssen viele mitreden!

Am 3. Dezember 1989 verabschiedete der Vorstand der Ost-SPD eine Erklärung, in welcher er sich zur Einheit bekennt, zugleich aber deutlich macht, dass diese von beiden deutschen Staaten gestaltet werden muss, und zwar so, dass niemand sie befürchten muss, weder die sozial Schwachen noch die europäischen Nachbarn.

Sehr klar wird hier auch die notwendige Anerkennung der polnischen Westgrenze benannt. Die erste Delegiertenkonferenz am 14. Januar 1990 erklärte dann: „... Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung der DDR wird die notwendigen Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit in Abstimmung mit der Regierung der Bundesregierung gehen. Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen. Eine sozialdemokratische Regierung wird einen Wirtschafts- und Währungsverbund als vorrangige Aufgabe in Angriff nehmen. Alle Schritte des deutschen Einigungsprozesses müssen in den gesamteuropäischen Einigungsprozess eingeordnet sein. Denn wir wollen die deutsche Einheit nur mit der Zustimmung all unserer Nachbarn. Ihre Grenzen sind für uns unantastbar. Wir erstreben eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung. Wir sehen dabei für uns die besondere Verantwortung, den Demokratisierungsprozess und die wirtschaftliche Erneuerung in Ost-Europa zu fördern.“

Der seit Dezember 1989 arbeitende Runde Tisch hatte die Aufgabe, die Bedingungen für freie Wahlen auszuhandeln, auf dem Weg dahin die Regierung zu kontrollieren und die Auflösung der Staatssicherheit durchzusetzen. Die dann nach der Wahl am 18. März 1990 gebildete Regierung, der ich als Außenminister angehörte, stand vor der Herausforderung, in Verhandlungen mit der Bundesrepublik die deutsche Einheit herzustellen. Ursprünglich wollten wir dafür den Weg so gehen, wie ihn Art. 146 GG beschreibt, doch mit dem Wahlergebnis vom 18. März 1990 war klar, dass die Vereinigung über den Art. 23 GG als Beitritt erfolgen wird. Die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung wollte es so. Es war der rechtlich einfachere und somit schnellere Weg. In den folgenden Koalitionsverhandlungen mit der Ost-CDU setzten wir durch, dass ausdrücklich festgehalten wird, dass der Beitritt erst nach Vertragsverhandlungen erfolgt, in welchen die Bedingungen der Einheit ausgehandelt werden. Es war uns klar, dass im Interesse der Ostdeutschen solche Verhandlungen nötig sind, denn es würde nicht einfach sein, so unterschiedliche Rechtssysteme und Gesellschaftsstrukturen zusammenzuführen. Viele Ostdeutsche haben damals die Bedeutung solcher Verhandlungen unterschätzt und glaubten mancherlei Versprechen, dass „Einheit sofort“ auch „Wohlstand sofort“ bedeuten würde, ohne sich um die konkreten Bedingungen zu kümmern.

Es kann hier keine Darstellung über den Weg zur Einheit und die differenzierten Positionen der verschiedenen Seiten erfolgen. Für uns als Ost-SPD war der Kontakt

mit der West-SPD einerseits wichtig, aber angesichts der großen Differenzen innerhalb der SPD und die Positionierung des Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine ein zunehmendes Problem.

Der Prozess der deutschen Einheit war 1990 ebenfalls damit belastet, dass es gleichzeitig das Jahr der Bundestagswahl war. Helmut Kohl, dessen Umfragewerte Ende 1989 ausgesprochen schlecht waren, sah – mit Recht, wie sich zeigte – darin die Chance, die Wahl doch noch zu gewinnen und lehnte Anfang 1990 das Angebot Hans-Jochen Vogels ab, diesen Prozess in einer gemeinsamen nationalen Anstrengung zu bewältigen. So war für Kohl der Einigungsprozess auch eine große Wahlkampagne, bei jeder seiner Entscheidungen spielte das eine zentrale Rolle. Sein Verhalten etwa in der Grenzfrage mit Polen machte dies allzu deutlich.

### **III. Die Einheit Deutschlands im europäischen und internationalen Kontext**

Außenpolitische Fragen hatten im Wahlkampf Anfang 1990 keine große Rolle gespielt. Da ging es mehr um die Fragen der inneren Einheit. Wir Sozialdemokraten wollten die deutsche Einheit so gestalten wollen, dass auch die europäischen Nachbarn sie nicht befürchten müssen. Dies wurde von den konservativen Parteien nicht so akzentuiert, war aber auch nicht wirklich strittig. So gab es zu den außenpolitischen Passagen der Koalitionsvereinbarung auch keinen Streit. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maiziere am 19. April 1990 ging auf alle wichtigen Aussagen der Koalitionsvereinbarung ein.

Von zentraler Bedeutung war es für uns, dass wir uns der Verantwortung stellen, die uns aus unserer Geschichte erwächst. Dies geschah in einer Erklärung der Volkammer am 12. April 1990 - in ihrer zweiten Sitzung, während der auch die Minister vereidigt wurden. In dieser Erklärung heißt es: „Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermessliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma. Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.“

Die SED hatte eine solche Verantwortung immer geleugnet. Für sie stand die DDR an der Seite der ruhmreichen Sowjetunion gewissermaßen an der Seite der Sieger des Zweiten Weltkriegs und des Fortschritts. Da entsprechend ihrer Ideologie Geschichte immer die Geschichte von Klassenkämpfen war, glaubte sie sich von jeder nationalen Verantwortung frei. So wurde der Antifaschismus der ersten Jahre auch schnell zu einer Legitimationsideologie für die SED-Herrschaft. Eine die Gesellschaft einbeziehende und die Verantwortung des Einzelnen reflektierende Aufarbeitung des Nationalsozialismus hatte es in der kommunistischen DDR nicht gegeben. Allein die evangelischen Kirchen und verschiedene oppositionelle Gruppen waren sich auch in früheren Jahren einer aus der nationalen schuldhaften Geschichte erwachsenden Verantwortung bewusst und versuchten, ihr durch konkrete Aktivitäten gerecht zu werden.

Für die demokratische DDR sollte dieses Schuldbekenntnis vom 12. April 1990 eine wesentliche Grundlage ihrer Politik sein. Waren früher die Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten durch die kommunistische Ideologie und die Zugehörigkeit zum sowjetischen Einflussbereich innerhalb des Ost-West-Konflikts geprägt, so waren diese jetzt völlig neu zu gestalten und auf neue Grundlagen zu stellen.

Das Bekenntnis zur Verantwortung, die uns als Deutschen auch in der DDR und gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland aus der Vergangenheit erwächst, sollte deutlich machen, auf welchen geistigen und moralischen Grundlagen sowohl die Einigung Deutschlands wie auch bis dahin die Außenpolitik der DDR gegründet sein würde. Gerade für das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn, die mit uns unter der kommunistischen Diktatur gelitten hatten, denen sich jedoch auch die Geschichtsvergessenheit der DDR fest eingepägt hatte, war diese Erklärung von besonderer Bedeutung.

Wichtig war außerdem, dass nicht so getan wurde, als knüpfte man unmittelbar an die Nachkriegszeit an. Auch die Schuld der kommunistischen Zeit wurde nicht nur nicht verdrängt, sondern in die eigene nationale Verantwortung übernommen. Sowohl gegenüber dem jüdischen Volk und Israel wie gegenüber der Tschechoslowakei spielte auch diese Dimension eine wichtige Rolle. Die gemeinsame Erklärung entfaltete diese Verantwortung in vier verschiedenen Richtungen und versucht sie auch jeweils zu konkretisieren und zu aktualisieren:

1. Am Anfang stand die Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk. Die SED hatte die Shoa, den Holocaust, auch in ihrer Darstellung des Nationalsozialismus immer eher an den Rand gedrängt. Die Volkskammer bat um Verzeihung für „Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.“ Konkrete politische Konsequenz sollte u.a. sein, dass jüdische Religion und Kultur gefördert und geschützt sowie Friedhöfe, Synagogen, und Gedenkstätten erhalten und gepflegt werden. Auch wenn die deutsche Vereinigung bevorstand, sollte aus symbolischen Gründen noch mit Gesprächen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel begonnen werden. Verfolgten Juden sollte in der DDR Asyl gewährt werden. Dies setzten wir zum Entsetzen der Bundesregierung auch sehr schnell um. Nach der Vereinigung sah die Bundesregierung keine Möglichkeit, das rückgängig zu machen und schuf neue Rechtsgrundlagen dafür. So setzten wir eine erhebliche Zuwanderung von Juden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in Gang, ohne welche so manche jüdische Gemeinde in Deutschland heute nicht mehr lebensfähig wäre.

2. Auch gegenüber der Sowjetunion war es uns wichtig, die künftigen Beziehungen in die historischen Bezüge zu stellen. Wir wollten die Russen und die anderen Völker der Sowjetunion nicht mit Stalin und dem Kommunismus identifizieren, sondern deutlich machen, dass wir zum einen die deutsche Schuld des Überfalls auf die Sowjetunion sehen und anerkennen und für Versöhnung eintreten wollen. Zum anderen sollte deutlich werden, dass uns bewusst ist, dass - ebenso wie Deutsche die ersten Opfer Hitlers waren - Russen und die anderen Völker der Sowjetunion in hohem Maße selbst Opfer der kommunistischen Diktatur gewesen sind. Gleichzeitig wurde anerkannt, dass Gorbatschow und die Veränderungen in der Sowjetunion einen wichtigen Anteil daran hatten, dass bei uns Freiheit und Demokratie gesiegt hatten. Dies sollte auch für die künftige Gestaltung Europas berücksichtigt werden. Deutschland sollte wie die SU in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem integriert sein, weil nur so in Europa Frieden und Sicherheit garantiert werden können. Die von der DDR mit der SU abgeschlossenen Verträge sollten möglichst einvernehmlich den neuen Realitäten angepasst werden.

3. Gegenüber der Tschechoslowakei bekannte sich die Volkskammer zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 durch Truppen des Warschauer Vertrages und bat dafür um Entschuldigung: „Wir haben in Angst und

Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht.“ Wir wussten damals noch nicht, dass die Nationale Volksarmee 1968 im letzten Augenblick dann doch nicht mit in die CSSR einmarschiert war.

4. Eine im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung besondere Bedeutung hatte das Verhältnis zu Polen. Auch wenn es in allen Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft in den Ländern Ost- und Mitteleuropas Opposition und Widerstand gegeben hatte, so war der polnische Widerstand seit den 70er Jahren am breitesten und wohl auch am tiefsten in der Bevölkerung verwurzelt. Zwar suchte die SED es zu verhindern und scheute sich auch nicht, antipolnische Ressentiments zu schüren, doch gab es in der DDR eine große Anerkennung gegenüber der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc, die das kommunistische Regime zum ersten Mal durch Widerstand aus der Gesellschaft heraus wanken ließ. Noch wichtiger als diese historische Verbundenheit war jedoch die notwendige dauerhafte Gültigkeit der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße. Dies bekräftigte die Volkskammer ohne jede Bedingung. „Insbesondere das polnische Volk soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Wir bekräftigen die Unverletzbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus. Dies soll ein künftiges gesamtdeutsches Parlament vertraglich bestätigen.“

Die Revolutionen und Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa brachten viele alte und neue Fragen auf die Tagesordnung. Es musste Ziel der westlichen Staaten sein, nach den schwer lenkbaren Umbruchprozessen des Herbstes 1989 die Initiative neu in die Hand zu bekommen. Für die USA stand viel auf dem Spiel, nämlich nicht weniger als ihre künftige Rolle in Europa. Dass die deutsche Vereinigung kommen würde, war Anfang 1990 klar, offen waren Zeitraum und Rahmenbedingungen. Von zentraler Bedeutung war für die USA die NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschland. Sie war das wichtigste Instrument der Führungsrolle der USA in Europa. Ein Austritt Deutschlands hätte die Bedeutung der NATO stark reduziert und den Einfluss der USA in Europa wesentlich eingeschränkt. So unterstützte Präsident

Bush aus eigenem, nationalen Interesse heraus Helmut Kohls Konzeption einer möglichst schnellen Vereinigung – natürlich zu den eigenen Bedingungen.

Als ich nach der ersten freien Wahl in der DDR am 12. April 1990 zum Außenminister gewählt wurde, waren wichtige internationale Konstellationen bereits festgelegt. Der 2+4-Mechanismus war erfunden und beschlossen. Die Hintergründe beschrieb mir Hans-Dietrich Genscher bei einem Besuch in seinem Privathaus unmittelbar nach meiner Wahl. Noch im Herbst 1989 war ich in meinem programmatischen Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) für einen Friedensvertrag zur Lösung der deutschen Frage eingetreten. Hans-Dietrich Genscher machte nun deutlich, weshalb eine solche Terminologie und jedes daran erinnernde Prozedere unbedingt zu vermeiden sei: Knapp fünfzig Jahre nach Kriegsende dürfe die zwischen Zweitem Weltkrieg und Gegenwart liegende Demokratiegeschichte in der Bundesrepublik und die lange Zeit der Partnerschaft in Westeuropa in Nato und EG nicht ausgeblendet werden. Deutschland dürfe nicht wieder zum bloßen Objekt von Viermächtegesprächen werden. Vielmehr sei zu berücksichtigen, dass die Bundesrepublik nunmehr ein angesehener Partner unter den Demokratien des Westens sei. Und nicht zuletzt müsse ausgeschlossen werden, dass mehr als fünfzig ehemalige Kriegsgegner auf den Gedanken kommen könnten, bei der deutschen Vereinigung mitreden zu wollen und neue Reparationsforderungen zu stellen. Er betonte die Notwendigkeit, dass die beiden deutschen Staaten gleichberechtigte Verhandlungspartner wären, deren Zustimmung Voraussetzung für Entscheidungen war. Diese Argumentation leuchtete mir ein, ihre Intention wurde von mir vollständig geteilt. Wir konnten zudem mit Stolz darauf verweisen, die Demokratie in der DDR selbst erkämpft zu haben. Wir als Ost-Deutsche, die aus ihrer Geschichte gelernt hatten, wollten mit Selbstbewusstsein nicht nur an der Gestaltung der deutschen Einheit, sondern auch der europäischen Zukunft mitwirken!

Diesem mit moralischer Legitimation versehenen Gestaltungswillen standen jedoch die realen Möglichkeiten entgegen, doch das wurde mir erst so nach und nach bewusst. Ziel der frei gewählten DDR-Regierung war die Herstellung der deutschen Einheit. Unsere Aufgabe war es, die Selbstauflösung der DDR vorzubereiten und durchzuführen, bei rechtlichem Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland als vereintem Deutschland. Das allein verdeutlicht schon - unabhängig von dem



Unterschied an politischer Erfahrung bei den Akteuren - die Verteilung der Gewichte zwischen beiden deutschen Staaten in diesem Prozess.

Die Aufnahme in den Kreis der Außenminister war überaus freundlich. Trotz mancher gegenteiligen Äußerung rechnete - und wollte – man aber im Grunde nicht, dass mit der nun wirklich demokratischen DDR noch ein wirklicher Akteur in das Spielfeld trat. Das wurde schon daran deutlich, dass nach den Vereinbarungen von Ottawa zum 2+4-Mechanismus im Februar 1990 nicht gewartet wurde, bis es durch demokratische Wahlen legitimierte Vertreter der DDR gab. Das erste Beamtentreffen der 2+4-Verhandlungen, das die Aufgabe hatte, das erste Treffen auf Außenministerebene vorzubereiten und die Tagesordnung vorbereitete, fand vier Tage vor der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR statt!

Trotz dieser denkbar schlechten Voraussetzungen für eine eigenständige Rolle bei den Verhandlungen entwickelten wir unsere Konzeptionen. Die wichtigsten Positionen waren schon in den Koalitionsvereinbarungen vereinbart worden. Im Folgenden beschränke ich mich jedoch auf Fragestellungen, die mit den 2+4-Gesprächen im Zusammenhang stehen.

1. Wir wollten den Prozess der deutschen Einheit nicht nur in den Prozess der europäischen Einigung einbetten – was ja ebenfalls Ziel der Bundesregierung war -, sondern ihn so gestalten, dass er auch noch Katalysator für diese sein sollte. So unterschied sich – bei grundsätzlich gleicher Zielstellung - der Verhandlungsansatz von Beginn an recht grundlegend. Die westlichen Staaten einschließlich der Bundesregierung wollten vor allem die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Vereinigung, zur Ablösung der Rechte der Vier Mächte sowie die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland erreichen, ansonsten aber möglichst wenig regeln. Für die Zukunft sollten alle Optionen offen gehalten werden, denn es war klar, wo künftig in Europa das Machtzentrum liegen würde – nämlich im Westen. Wir dagegen hielten es für wichtig, zentrale Fragen nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Einigung und Entwicklung zumindest ansatzweise festzulegen. Daraus folgte, dass wir in verschiedenen Fragen für Übergangsregelungen plädierten, um so für die Zukunft den Prozess im Fluss

zu halten und wenigstens die Richtung vorzugeben. Gerade solche Übergangsregelungen wurden von westlicher Seite - aus o.g. und, wie ich heute sagen würde, sehr berechtigten Gründen - mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

2. Wir hofften, dass es nach dem Ende der Konfrontation der zwei Blöcke im Kalten Krieg möglich wäre, diese Blöcke schrittweise zu überwinden. Daher strebten wir drastische Abrüstungsschritte und Übergangsregelungen hin zu gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen an. Dafür sollte die KSZE eine zentrale Rolle spielen, weshalb wir nach Wegen suchten, diese zu stärken. Anknüpfend an einen polnischen Vorschlag entwickelten wir auf diesem Hintergrund gemeinsam mit Polen und der Tschechoslowakei eine Initiative zur Weiterentwicklung und Institutionalisierung der KSZE (die sogenannte trilaterale Initiative). Anfang März 1990, also noch vor der freien Wahl, hatte ich gemeinsam mit meinem späteren Staatssekretär Hans Misselwitz und formal gewissermaßen parallel zu den SPD-Bundestagsabgeordneten Dietrich Stobbe und Horst Ehmke das erste Mal Washington besucht. Während dieser Reise wurde mir klar, dass das vereinte Deutschland - zumindest für eine Übergangszeit – Mitglied der NATO sein müsste. Doch wollten wir einer solchen Mitgliedschaft erst zustimmen, wenn die NATO auch zu den notwendigen eigenen Veränderungen bereit wäre, was ihre Funktion und Strategien betrifft (Aufgabe der Vorverteidigung, *flexible response* und nuklearem Ersteinsatz).
3. Nach unserem Verständnis sollte die Wiedererlangung der deutschen Souveränität damit einhergehen, dass wir Deutschen uns gerade darin als frei und souverän erweisen, dass wir ohne Zwang und in freier Selbstbestimmung bestimmte Selbstbeschränkungen eingehen, die ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung sein sollten. Dazu gehörte z.B. der Verzicht nicht nur auf Herstellung, Besitz und Verfügungsgewalt, sondern auch auf die Stationierung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Am liebsten hätten wir diese Beschränkung im Einigungsvertrag bzw. im Grundgesetz festgeschrieben. Auch für die konventionelle Abrüstung und die Herabsetzung der Truppenstärken in Europa wollten wir Anstöße geben. Die Truppenstärke des vereinten Deutschlands sollte radikal herabgesetzt werden. Als ich im Juni beim 2+4-Außenministertreffen in Berlin den Vorschlag unterbreitete, die

deutschen Truppen auf 300 000 (bzw. als Kompromiss auf 380 000) zu reduzieren, wurde er von den westlichen Verhandlungspartnern noch als „Singularisierung Deutschlands“ vehement abgelehnt. Wenig später ist es dann aber doch so gekommen, wenn auch ohne auf meinen Vorschlag Bezug zu nehmen: Ende August 1990 erklärten die beiden deutschen Staaten vor der Wiener Abrüstungskonferenz zum KSE-Vertrag, dass das vereinte Deutschland seine Truppen auf 370 000 Mann begrenzen werde. Diese Erklärung wurde Bestandteil des 2+4-Vertrages.

4. Wie oben beschrieben, fühlten wir uns unseren östlichen Nachbarn tief verbunden, die mit uns unter der Diktatur gelitten und sich ebenfalls davon befreit hatten. Das schloss auch die Völker der Sowjetunion mit ein – sie hatten sich nun ebenfalls auf den Weg der Demokratisierung gemacht, der für sie viel steiniger werden musste, als für uns, gab es doch keinerlei demokratische Tradition. Es schien uns aber nicht nur aus dieser moralischen und historischen Verbundenheit, sondern insbesondere aus grundsätzlichen politischen Gründen unerlässlich, mit der Sowjetunion zu einer auch für sie wirklich tragbaren Lösung zu kommen. Eine nur angesichts augenblicklicher Schwäche abgerungene Zustimmung der Sowjetunion, die dort das Gefühl hinterlassen würde, den Zweiten Weltkrieg nun nachträglich doch noch verloren zu haben, würde für das Europa der Zukunft ein bleibender Unsicherheitsfaktor sein. Wir wollten auf jeden Fall ein „Versailles“ für die Sowjetunion vermeiden. Nicht nur die Zustimmung der Sowjetunion, sondern die wirkliche, angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen lag deshalb aus unserer Sicht nicht nur in unserem eigenen deutschen Interesse, sondern im Interesse ganz Europas. Daher war uns wichtig, dass die Sowjetunion auch nach dem zu vereinbarenden Truppenabzug aus Deutschland fest mit Europa verbunden bleibt, sowohl politisch-kulturell und wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch. Für die Sowjetunion war es u.a. ein Problem, dass mit der Anerkennung der deutschen Souveränität der vollständige Abzug ihrer Truppen bevorstand, für die westlichen Alliierten sich jedoch nicht viel ändern würde. Schließlich - insbesondere durch die NATO-Mitgliedschaft - war die Bundesrepublik mit diesen als Bündnispartner inzwischen auf vielfältige Weise verbunden. Um wenigstens an einer Stelle alle vier Alliierten gleich zu behandeln - was für die

Sowjetunion von großer psychologischer Bedeutung war -, machte ich beim zweiten 2+4-Außenministertreffen in Berlin im Juni 1990 den Vorschlag, dass alle vier Siegermächte möglichst bald Berlin räumen sollten. Das hätte sicherheitspolitisch nichts gekostet, wäre für die Sowjetunion aber ein wichtiges Symbol der Gleichbehandlung der vier Alliierten gewesen! Natürlich wurde ein solcher Vorschlag damals für völlig unmöglich gehalten. Inzwischen sind längst keine dieser Truppen mehr in Berlin.

5. Die Anerkennung der polnischen Westgrenze hatte für uns eine hohe Priorität. Sie sollte so schnell und so unkompliziert wie möglich völkerrechtlich verbindlich und dauerhaft anerkannt werden. Nur so konnten wir erwarten, dass unsere Nachbarn die deutsche Vereinigung begrüßen und die mehr oder weniger latenten Befürchtungen in der polnischen Bevölkerung ausgeräumt werden können. Diese Anerkennung sollte aus unserer Sicht völlig freiwillig geschehen. Jeden Eindruck, dass wir Deutsche zur Anerkennung dieser Grenze gedrängt werden müssten, hielten wir für schädlich. Niemand sollte uns sagen müssen, wo Deutschland liegt! Die Reife der Deutschen sollte sich gerade in der freien Anerkennung der territorialen Integrität ihrer Nachbarn erweisen.

Daher strebten wir einen Grenzvertrag an, der völkerrechtlich verbindlich die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigen sollte, wie sie 1950 im Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und Polen und 1972 im Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen beschrieben war. Im Verfahren schlossen wir uns einem Vorschlag des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki an, denn wir wollten alles tun, um auf polnischer Seite alle Zweifel und Unsicherheiten über die künftige Haltung des vereinigten Deutschland zu vermeiden. Entsprechend sollte unserer Meinung nach der Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen ausgehandelt und paraphiert, sofort nach der Vereinigung von der gesamtdeutschen und der polnischen Regierung unterschrieben und von den beiden Parlamenten ratifiziert werden. Dem widersetzte sich Helmut Kohl vehement, so dass die Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen nach kurzer Zeit im Sand verliefen.

Die damals von Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble häufig gebrauchte Rede davon, dass die Anerkennung der Grenze der „Preis für die

Wiedervereinigung“ sei, hielt ich für zutiefst problematisch. Die Gebiete waren aus unserer Sicht in der Folge des verbrecherischen Krieges durch Nazideutschland längst verloren und es galt, dies endlich wahrzunehmen und dauerhaft anzuerkennen! Helmut Kohls lang währende Weigerung, die deutsch-polnische Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, hatte klar wahltaktische Gründe. Es ging um die Wählerstimmen unter den Vertriebenen und im äußersten rechten Lager. Anders als Willy Brandt 1970 war er nicht bereit, irgendein Risiko einzugehen. Insbesondere die Franzosen versuchten die Polen zu beruhigen und vorsichtig auf Helmut Kohl einzuwirken. Später stimmte der Bundeskanzler einer identischen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zu, in welcher der Bestand der deutsch-polnischen Grenze garantiert wurde. Bald danach konnte beim 2+4-Außenministertreffen in Paris (Juli 1990) eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden.

Eine wichtige Voraussetzung dafür war die von uns schon früh vorgeschlagene Unterscheidung von Grenz- und Grundlagenvertrag (der später Nachbarschaftsvertrag hieß). Ursprünglich wollten weder Polen noch die Bundesregierung diesem Vorschlag folgen, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Polen wollte möglichst im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung alle es interessierenden Fragen der Zukunft klären, nicht nur die Grenzfrage. Die Bundesregierung dagegen war sich bewusst, dass ein solcher umfassender Vertrag viel Zeit brauchen würde – und das war ihr gerade recht, denn sie spielte wegen der Bundestagswahl auf Zeit. In Paris wurde dann beschlossen, dass unmittelbar nach der Vereinigung der Grenzvertrag geschlossen werden sollte, erst später dann auch ein Grundlagen- bzw. Nachbarschaftsvertrag. Nach der Vereinigung am 3. Oktober nahm Helmut Kohl im November 1990 diese Differenzierung insofern zurück – natürlich auch dies mit Blick auf die Bundestagswahl -, als er erklärte, Deutschland würde den ausgehandelten Grenzvertrag erst gemeinsam mit dem auszuhandelnden Nachbarschaftsvertrag ratifizieren. So konnten die Vertriebenen zur Bundestagswahl hoffen, dass ihre Belange angemessen berücksichtigt würden. Mich empörte das damals, hätte doch Tadeusz Mazowiecki in dieser Zeit dringend der Anerkennung und Solidarität aus Deutschland bedurft.

Die sich bei solchem Verhalten einstellenden Befürchtungen für die Zukunft haben sich dann glücklicherweise in den folgenden Jahren nicht bestätigt!

Das „schmale“, auf wenige Verhandlungspunkte angelegte Konzept des Westens war strategisch auf einen schnellen Verlauf angelegt und hatte Erfolg. Dieser schnelle und erfolgreiche Abschluss des 2+4-Vertrages ermöglichte die zeitnahe deutsche Einheit. Er war für Deutschland und seine europäischen Nachbarn ein großer Gewinn. Der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 machte jedoch nicht nur den Weg frei für die deutsche Einheit, sondern mündete auch in die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom November 1990. Wer diese Texte heute liest, spürt noch etwas von der Vision eines neuen, auf gemeinsame Werte gegründete Europa, die uns und viele Menschen in ganz Europa damals erfüllte.

Die DDR wurde mit der Vereinigung automatisch und ohne Verhandlungen Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft. Diese Perspektive war aus unserer Sicht ebenfalls für die Staaten Ostmitteleuropas notwendig. Auch sie sollten die Möglichkeit der Integration in die Europäische Gemeinschaft erhalten. Wenn im Westen von Europa gesprochen wurde, war damit - nicht nur 1990, sondern noch Jahre später - gemeinhin nur Westeuropa gemeint, meist die Europäische Gemeinschaft. Uns lag dagegen daran, eine gesamteuropäische Perspektive zu entwickeln und deutlich zu machen, dass nur mit der Integration dieser ostmitteleuropäischen Staaten und mit einer verbindlichen Kooperation mit der Sowjetunion ein stabiles Europa der Zukunft zu gestalten ist. So heißt es schon in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition in der DDR vom 12. April 1990: „Die DDR will ihre besondere Verbindung zu den Völkern Osteuropas auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet entwickeln und vertiefen. Sie tritt für eine baldige, stufenweise Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ein.“ Diese Sätze waren für mich dann in den folgenden Jahren eine Herausforderung und ein Vermächtnis, mich für die Mitgliedschaft Polens und der anderen neuen Demokratien in EU und NATO einzusetzen. Seit 1991 gehörte ich der Parlamentarischen Versammlung der NATO an und leitete die deutsche Delegation dort von 1998 – 2006. Anfang der 2000er Jahre gab es eine intensive Debatte über die NATO-Mitgliedschaft der drei baltischen Staaten. Nicht nur die Bundesregierung

zögerte, da sie den russischen Widerstand fürchtete. Ich organisierte 2001 eine Stellungnahme von europäischen Parlamentariern, die dafür eintrat, die baltischen Staaten aufzunehmen, da diese nun gerade erst wieder unabhängig gewordenen Staaten dringend der Solidarität und Versicherung bedurften. Wir schickten sie an den US-Senat, der zu dieser Zeit auch noch keine klare Position vertrat. Gerade wir Deutschen trugen in meinen Augen vor dem Hintergrund des Hitler-Stalin-Paktes in dieser Frage eine besondere Verantwortung.

Abschließend lässt sich vielleicht Folgendes sagen: Die Außenpolitik der demokratischen DDR konnte nur relativ wenig bewirken. Die Gründe dafür sind mannigfach. Gewiss gehörten dazu auch manche Fehler und die eigene Unzulänglichkeit und Unerfahrenheit, sowie die fehlende Einigkeit schon innerhalb der eigenen Regierung. Für mich selbst gilt ja, dass die Monate als Außenminister meine „Lehrlingszeit“ als Politiker waren.

Der wichtigste Grund aber war der anfangs beschriebene: Es war klar, die DDR würde schon nach kurzer Zeit nicht mehr existieren und ein solcher Staat kann zwar noch Ziele beschreiben, aber kaum noch bewirken! Rice/Zelikow sprechen in ihrem sehr instruktiven Buch, durch das ich viel gelernt habe, davon, dass die DDR schon im Februar 1990 „nur noch eine wandelnde Leiche“ war (dt. Ausgabe S. 214). Da regierte noch Hans Modrow. Doch auch für die dann nach der Friedlichen Revolution demokratisch gewählte Regierung der DDR war eine eigene Rolle schlichtweg nicht mehr vorgesehen. Ein Bewusstsein davon, dass eine solche nach 45 Jahren Kommunismus Zeit und Anerkennung braucht, um sich einzubringen, hat es 1990 nicht gegeben. Sie wurde nicht anders behandelt als zuvor die kommunistische – jedenfalls nicht auf Augenhöhe. Der Ton blieb weitgehend freundlich – ein wirkliches Einbeziehen in den notwendigen Diskurs gab es nicht.

Unabhängig davon: Im Rückblick ist der „2+4-Vertrag“ für mich heute der beste Vertrag zur deutschen Einheit. Sowohl der deutsch-deutsche Einigungsvertrag wie der Abzugsvertrag mit der SU für deren Truppen waren dagegen voller Fehler und führten zu schwierigen Problemen. Der 2+4-Vertrag dagegen schuf zentrale Grundlagen für die künftige europäische Entwicklung.

Wenn es auch in meiner nachträglichen Beurteilung richtig war, Themen, die ich damals mit auf die Tagesordnung setzen wollte, nicht in diese Verhandlungen

einzu beziehen, so sollte es sich doch als ein Problem herausstellen, dass man sie auch in den folgenden Jahren schwer vernachlässigte. Das betrifft die Fragen der Proliferation der Nuklearwaffen ebenso wie die Gestaltung gesamteuropäischer Sicherheit oder die Verantwortung Deutschlands vor dem Hintergrund unserer Geschichte. Gerade bei letzteren ist es nicht sehr konsistent, damals diese Fragen schlicht nicht zu behandeln und heute darauf zu verweisen, dass sie mit dem 2+4-Vertrag abgeschlossen sind. So ist es m.E. nicht verwunderlich, dass etwa das Thema der Entschädigungen für Opfer von Massakern und die Fragen von Reparationen in Griechenland wieder ein aktuelles Thema sind. Joachim Gauck hat 2015 als Bundespräsident an die mehr als drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen erinnert hat, die in der deutschen Erinnerungskultur bisher keinen Ort haben. Erst in dieser Legislaturperiode hat sich die Bundesregierung vorgenommen, einen Ort zu schaffen, der über den deutschen Vernichtungskrieg im Osten informiert und dem Gedenken seiner Opfer gewidmet ist. Diese Fragen können hier nicht weiter ausgeführt werden, betreffen dann aber durchaus aktuelle Herausforderungen und verschiedene Diskussionen, die heute auch international auf der Tagesordnung stehen.

#### **IV. Der Weg in die deutsche Einheit als Selbstbestimmungsprozess der Ostdeutschen**

Wir Deutschen sind auch 30 Jahre später noch weit davon entfernt sind, eine gemeinsame Perspektive auf den Prozess der deutschen Einheit zu haben – oder auch nur die verschiedenen Perspektiven zu verstehen. Auch die offiziellen Veranstaltungen zu den Jahrestagen machen das immer wieder deutlich. Für die meisten (West-)Deutschen prägt die Person Helmut Kohls die deutsche Einheit. So, als wäre sie sein Werk. Genau das aber bezweifle ich, ohne seine wichtige Rolle zu verkennen.

Für die meisten Deutschen sind die 15 Monate vom Sommer 1989 bis zum 3. Oktober 1990 zu EINEM Ereignis geworden. Dabei glaube ich, dass es für ein angemessenes Verständnis dieser Zeit wichtig ist zu unterscheiden:



1. die Zeit der Zuspitzung der Krise im Sommer 1989, verstärkt durch die Fluchtwelle und die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze,
2. der Sturz der Diktatur in der Revolution des Herbstes 1989 und der Fall der Mauer. Hier waren es beide Dimensionen, die gleichermaßen wichtig waren: das politische Handeln und die Führung der neuen oppositionellen Bewegungen und Parteien sowie der machtvolle Druck der Straße,
3. die Perspektive und Vorbereitung der freien Wahl, die Regierungszeit Modrows, die Politik am Runden Tisch und gleichzeitig das internationale Sich-Einstellen auf die Ermöglichung der deutschen Einheit
4. Die konkrete Gestaltung der deutschen Einheit nach der freien Wahl in der DDR, die Verträge zur Währungsunion und der Einigungsvertrag sowie der 2+4-Vertrag. Die gewählte Volkskammer der DDR beschloss den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 des Grundgesetzes.

Man kann diese Ereignisse auch so sehen: Der Weg in die deutsche Einheit war wesentlich – jedenfalls was den institutionellen Ablauf und den eigentlichen Motor betrifft – durch das Handeln Ostdeutscher bestimmt. Die Diktatur wurde in der DDR gestürzt, nicht von außen. Hier wurde die freie Wahl erkämpft, die zur Abstimmung für die Einheit wurde. Der Beitritt wurde von der frei gewählten Volkskammer beschlossen.

So wie es dem institutionellen Prozess nach gelaufen ist, kann ich sagen: Hier wurden alle Träume wahr. Der Weg der Freiheit führte geradewegs zur deutschen Einheit. Die deutsche Vereinigung war aus dieser Perspektive der selbst bestimmte Weg der Ostdeutschen, die diesen erhobenen Hauptes gegangen sind.

So kann man, wie ich glaube, auch nicht von einem Sieg des Westens über den Osten sprechen. Ja, es ist sogar gefährlich, das zu tun. Denn wer so redet, meint wahrscheinlich den Sieg von Freiheit und Demokratie über die kommunistische Diktatur, die den Osten Europas beherrschte. Es als Sieg über den Osten anzusprechen ist jedoch verfehlt, denn dort leben Menschen, die sich nicht besiegt fühlen. Nicht nur in der DDR, in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas wurde die Diktatur von innen weggefegt. Es war daher ein Sieg der Menschen, die in der Mitte Europas und in ihrem Osten für Freiheit und Demokratie eintraten.

Natürlich waren die Rahmenbedingungen, die der Westen geschaffen hatte, eine wichtige Voraussetzung: das Erfolgsmodell der Europäischen Gemeinschaften, die Wohlstand und den friedlichen Ausgleich verschiedener nationaler Interessen genauso gewährleistete wie Freiheit und Demokratie sicherte. Die klare Position der NATO, welche gleichzeitig auf Abschreckung und politische Gespräche setzte. Vieles andere wäre noch zu nennen. Der Westen war nicht tatenlos, doch er konnte das Sowjetsystem nicht stürzen, ohne den Frieden zu gefährden! Das war ja das Problem. Man musste 1953 genauso hilflos zuschauen wie 1956, 1961, 1968, 1981. Der Durchbruch, die Befreiung von der Diktatur, musste im Lande selbst geschehen. Und das geschah dann eben 1989!

In der Bundesrepublik konnte man eigentlich nur reagieren und versuchen, durch Kontakt und Beeinflussung der ostdeutschen Akteure diesen institutionellen Ablauf mit zu gestalten. Denn der Schlüssel lag in der DDR. In der Bundesrepublik galt es zu helfen, das Schiff möglichst ohne zu große Erschütterungen in den Hafen zu bringen – denn dazu waren die Ostdeutschen allein nicht in der Lage. Dazu gehörte die internationale Ebnung des Weges in den 2+4-Gesprächen, die Einbettung und die Absprachen mit den europäischen Nachbarn, insbesondere mit der EG – hier sehe ich übrigens die besonderen Verdienst Helmut Kohls!

Das vielschichtige Beziehungsgeflecht der Entscheidungsprozesse ist bis heute weder angemessen wissenschaftlich erforscht noch im öffentlichen Bewusstsein präsent.

Eine differenzierte Sicht dieser Geschichte aber ist wichtig, weil sie mit unserem Selbstverständnis heute verbunden ist.

Ich nenne ein Beispiel:

Oskar Lafontaine sprach Anfang der 90er Jahre in seinem verspäteten Bekenntnis zur deutschen Einheit im Bundestag davon, dass er sich freue, dass 16 Millionen Ostdeutsche durch die Einheit die Freiheit erhalten hätten. Ich war entsetzt zu sehen, dass offensichtlich kaum jemand merkte, was da gesagt wurde – denn historisch war es ja genau andersherum: die deutsche Einheit war möglich, weil wir in der DDR – gemeinsam mit Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken - die Freiheit erkämpft hatten. Wir brachten eine erfolgreiche deutsche Freiheitsrevolution in die

gemeinsame deutsche Geschichte ein – Freiheit war für uns kein Geschenk, das wir durch andere erhalten hatten. Das klar zu benennen, halte ich für ein demokratisches deutsches Selbstbewusstsein und Erbe durchaus für wichtig.

Wichtig ist es, sich zu vergegenwärtigen, mit welchem Ansatz wir in die Verhandlungen gegangen sind. Wir wollten ein geeintes Deutschland, das in der Kontinuität der Bundesrepublik Deutschland doch nicht einfach eine vergrößerte Bundesrepublik ist, sondern ein neues Gemeinwesen, ohne in Ostdeutschland einfach alles übernehmen zu müssen, was in Westdeutschland gewachsen ist. Wir glaubten, dass die Vereinigung Deutschlands und gesamtdeutsche Reformen verbunden werden könnten. Das erwies sich als Trugschluss, was zu großen Enttäuschungen führte.

Manche Reformer im Westen hatten diese Hoffnung geteilt. Sie überschütteten uns mit Reformvorschlägen, die wir in die Verhandlungen einbringen sollten, obwohl sie im Westen immer wieder gescheitert waren. Wir waren gar nicht in der Lage, alles zu lesen, was uns da auf den Tisch kam!

Wolfgang Schäuble hat sich in seinem Buch zu dem Grundsatz bekannt, "es gehe jetzt um die Einheit und nicht darum, bei dieser Gelegenheit etwas für die Bundesrepublik zu ändern" (Der Vertrag, S.156) Er bezog das auf entsprechende Diskussionen innerhalb der westdeutschen Delegation. Es galt aber auch für die Positionen gegenüber der DDR-Regierung.

So wurde der Einigungsvertrag zu einer Meisterleistung der Administration der Bundesrepublik. Er war der groß angelegte Versuch, die völlig anderen gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR in das bundesdeutsche Rechtsgefüge so einzupassen, dass es möglichst wenig Schmerzen im Osten verursacht - aber auch eigene Veränderung möglichst nicht notwendig macht. Anschluss war angesagt!

Dies Gefühl, nicht wirklich ernstgenommen zu werden, hat später bei großen Teilen der DDR-Bevölkerung zu negativen Bewertungen des Einheitsprozesses geführt, woraus die PDS dann Honig saugen konnte.

Im Nachhinein wird man zwar immer noch über jeweils konkrete Regelungen streiten. Dass Fehler gemacht wurden, wird heute von niemandem bestritten. Wieweit damals diskutierte Alternativen die Probleme besser gelöst hätten, wird auch heute noch sehr unterschiedlich bewertet.

Ein wichtiges Beispiel, bei dem ich noch heute glaube, dass damals ein großer Fehler gemacht wurde, ist die Verfassungsfrage.

Schon in der Verfassungskommission des Runden Tisches wie in der Volkskammer gab es viel Streit um die Verfassung.

Gemeinsames Ziel war jedoch, dass das geeinte Deutschland sich auf der Grundlage des Grundgesetzes eine neue Verfassung gibt. Die West-SPD unterstützte dies ausdrücklich. Im März 1990 habe ich in einem Spiegelgespräch mit Wolfgang Schäuble darauf hingewiesen, dass es uns nicht darum geht, wahnsinnig viel am Grundgesetz zu ändern, sondern darum, dass alle Deutschen sich selbst eine Verfassung geben. Ich glaube noch heute, dass dies die Identifikation auch der Ostdeutschen mit dem geeinten Deutschland als ihrem Staat und Gemeinwesen sehr verstärkt hätte.

Aber auch das wurde abgelehnt. Übrig blieb dann das gemeinsame Projekt von Bundestag und Bundesrat, die Verfassungskommission von 1991 - 1994, mit dürrem Ergebnis.

Im Jahr 2005 sagte ich in einem Vortrag:

„Es wird sich zeigen, ob es der großen Koalition gelingt, (1) Ostdeutschland wirtschaftlich eine Perspektive zu geben und nicht ein Mezzogiorno zu bleiben, und (2) den Ostdeutschen das Gefühl zu vermitteln, im vereinten Deutschland anerkannt und angekommen zu sein.“

Heute, fast 15 Jahre später, brechen im Vorfeld der Landtagswahlen im Herbst 2019 in Ostdeutschland diese Fragen neu auf – denn sie sind weder wirtschaftlich noch im Bewusstsein der Ostdeutschen gelöst. Bis heute gibt es z.B. im Osten Deutschlands die Mehrheit der strukturschwachen Regionen – und kein Konzept der Bundesregierung, wie dem zu begegnen ist. Auch nach mehr als einer Generation sind Löhne und Renten in Ost und West verschieden.

Heute sammelt sich das Protestpotential in Ostdeutschland weitgehend nicht mehr bei den LINKEN, sondern in der AfD. Bundesweit beginnt das hektische Suchen danach, was man falsch gemacht hat. Es besteht die Gefahr, dass kurzschlüssig nach Sündenböcken gesucht wird. So fordert die LINKE jetzt einen Untersuchungsausschuss über die Arbeit der Treuhand, der Institution, die in den

Jahren ab 1990 für die Privatisierung zuständig war und hofft dadurch politisches Kapital zu schlagen.

2003 schrieb ich einen Brief an Kanzler Schröder. Er hatte gerade seine sogenannte „Agenda 2010“ verkündet. Ich forderte von ihm eine bundespolitische Politik für Ostdeutschland. Er war dazu nicht bereit. Angela Merkel, die damalige Oppositionsführerin, wollte Kanzlerin werden. Dafür jedoch musste sie ihre ostdeutsche Identität hintanstellen – und unternahm als Oppositionsführerin ebenfalls keine Initiativen in dieser Richtung. Die verschiedenen großen Koalitionen in Deutschland haben es seitdem versäumt, den Problemen Ostdeutschlands die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Auch dann, wenn mit Angela Merkel und Joachim Gauck zwei Ostdeutsche an der Spitze des Staates standen – was ich durchaus für ein wichtiges Symbol halte, doch reicht es vielen Ostdeutschen offensichtlich nicht, ihnen das Gefühl zu geben, in diesem Gemeinwesen „angekommen“ zu sein.

So ist es bis heute eine Aufgabe in Ost und West, die eigene Geschichte und ihre Erfahrungen neu zu kontextualisieren. Die meisten im Westen sozialisierten Menschen betrachten die DDR als eine „Sonderzone“, die deutsche Geschichte fand in ihren Augen im Westen statt. Dabei jedoch wird übersehen, dass die deutsche Geschichte in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts eine geteilte Nachkriegsgeschichte war, die nicht verstanden werden kann, wenn man nicht die beiden Teile in ihrer intensiven Beziehungsgeschichte gemeinsam betrachtet. Viele Ostdeutsche warten und hoffen auf Anerkennung – als wäre dies ein Geschenk des Himmels, für das man nichts zu tun bräuchte.

So sind auch 30 Jahre nach Friedlicher Revolution und Deutscher Einheit die Deutschen in Europa das Volk, das sich selbst am wenigsten kennt – und dringend das innerdeutsche Gespräch braucht, in dem jeder bereit ist zu erzählen – und zuzuhören.